

- I. Die vorliegende Entscheidung ist im Kontext zahlreicher weiterer Entscheidungen anderer Landgerichte zu sehen. Der Antragsteller, ein Betreiber von pornographischen Internet-Angeboten, sieht sich durch insbesondere ausländische Konkurrenz wettbewerbswidrig behandelt. Kern des Vorwurfs an die Mitbewerber: durch die Nichteinhaltung deutscher Jugendschutzstandards verschaffen sich diese im Wettbewerb einen Vorteil und schulden daher nach §§ 3, 4 Nr. 11 UWG Unterlassung.
- II. Aufgrund der Undurchsetzbarkeit dieses Anspruchs gegen die Seitenbetreiber wandte sich der Antragsteller gegen diverse Internet-Zugangs-Provider als mittelbare Störer. Dabei sprach das LG Frankfurt/Main (Beschluss vom 23.10.2007 – Az. 2-06 O 477/07) dem Antragsteller gegen den Zugangsprovider ARCOR diesen Anspruch ohne Begründung zu. Dagegen scheiterte der Antragsteller mit identischen Anträgen beim hier zu besprechenden Urteil des LG Kiel und vor dem LG Düsseldorf (LG Düsseldorf ZUM-RD 2008, XXX).
- III. Im Zusammenhang mit der Entscheidung des LG Frankfurt ist auch der wohl eher pädagogisch intendierte Antrag eines weiteren Erotik-Dienstleisters vor dem LG Frankfurt zu sehen, in dem von ARCOR verlangt wurde, die Suchmaschine google, zu blocken. Zur Begründung verwies der Antragsteller darauf, dass auch über google Zugang zu pornographischen Material unter Verletzung deutscher Jugendschutzbestimmungen möglich sei. Interessanterweise distanzierte sich die entscheidende 3. Kammer des LG Frankfurt vom unter II. genannten Beschluss der 6. Kammer und schloss sich inhaltlich der hier dargestellten Rechtsprechung des LG Kiel an. ARCOR wurde also nicht verpflichtet, google zu sperren (LG Frankfurt, Beschluss vom 05.12.2007, Az. 2-03 O 526/07). Die Rechtsbeschwerde des Antragstellers wurde vom OLG Frankfurt abgewiesen (OLG Frankfurt ZUM-RD 2008, XXX). Das OLG stellt hier auch auf den Kollateralschaden für die Nutzer des Providers ab, da google nur als Ganzes gesperrt werden könne und so der Zugang zu sinnvollen Informationen ebenfalls blockiert werden müsste.
- IV. Zu Recht geht das LG Kiel vorliegend davon aus, dass für die Ansprüche bzgl. der Sperrung der ersten beiden Webseiten kein Verfügungsgrund besteht. Zu Recht verweist das Gericht darauf, dass grob fahrlässige Unkenntnis vom Verfügungsschuldner genügt, um den Verfügungsgrund entfallen zu lassen. Die Ermittlung aller in Deutschland aktiven Zugangsprovider ist in kurzer Zeit möglich. Daher ist durch das Verhalten des Antragstellers der Verfügungsgrund entfallen, da er die Antragstellung unangemessen verzögerte (*Piper*; in *Piper/Ohly*, UWG, 4. Aufl. 2006, § 12 Rdnr 113).
- V. Der Verfügungsgrund bezüglich der beiden Ansprüche lebt auch nicht wieder dadurch auf, dass der Antragsteller die Sperrung einer ihm erst später zu Kenntnis gelangten Webseite begehrt, bei der der Verfügungsgrund noch besteht. Der Anspruch würde sich, soweit begründet, jeweils auf die Sperrung einer einzelnen Webseite richten, nicht auf die Sperrung aller rechtswidrigen Webseiten. Insofern handelt es sich um drei selbstständig nebeneinander stehende Ansprüche, die durch eine objektive Klagehäufung verbunden sind. Insoweit muss für jeden einzelnen Anspruch ein Verfügungsgrund bestehen. Sonst hätte es der Antragsteller durch Hinzufügen weiterer zu sperrenden Webseiten, die ggf. neu im Internet sind, in der Hand, den Verfügungsgrund jederzeit wieder aufleben zu lassen.
- VI. Das Gericht wirft auch die Frage auf, ob es sich hier tatsächlich um einen Unterlassungsanspruch handelt, der geltend gemacht wird. Beim Antrag des Klägers, die bezeichneten Webseiten im DNS-Server zu sperren, handelt es sich nicht um einen Unterlassungsanspruch, sondern um einen Anspruch auf positives Tun, da vom Schuldner eine konkrete Handlung verlangt wird. Zwar kann ein Unterlassungsanspruch auch ein Tätigwerden des Schuldners nötig machen, er ist jedoch so zu formulieren, dass es dem Schuldner frei steht, wie er den Unterlassungsanspruch erfüllt (*Fritzsche*, in BeckOK-BGB,

Edition 7, § 1004, Rdnr. 95). Der Kläger hätte hier Antrag auf Unterlassung der Zugänglichmachung der beanstandeten Webseiten stellen müssen. Sodann wäre es dem Beklagten oblegen auszuwählen, wie er diesem Verlangen nachkommt. Dabei kommen vor allem eine Sperre im DNS und eine Sperre der IP-Adresse des Angebots in Frage, aber ggf. auch (aufgrund des Fernmeldegeheimnis womöglich bedenkliche) Filtermöglichkeiten aufgrund des Inhalts der Daten, die der Kunde über den Anschluss verschickt (HTTP-Header-Analyse oder Zwangsproxy). Aufgrund dieser Formulierung bestand auch der Verfügungsanspruch nicht, da ein Anspruch auf Sperrung der Webseite ohne vertragliche Beziehung zwischen den Parteien nur aus einem Unterlassungsanspruch denkbar ist. Die Frage wurde hier aufgrund mangelnder Entscheidungserheblichkeit vom Gericht offen gelassen, da ein Verfügungsanspruch auch dann nicht bestünde, wenn ein Unterlassungsanspruch geltend gemacht worden wäre. Das LG Kiel nimmt dabei an, dass weder ein Unterlassungsanspruch aus §§ 3, 4 Nr. 11 UWG noch aus § 1004 Abs. 1 BGB besteht.

- VII. Ein Anspruch aus §§ 3, 4 Nr. 11 UWG bestünde nur, wenn eine Wettbewerbshandlung im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 UWG vorliegt (*Piper*; in *Piper/Ohly*, UWG, 4. Aufl. 2006, § 3 Rdnr 2). Dazu müsste der Beklagte eigenen oder fremden Wettbewerb gefördert haben. Insofern fehlt es schon objektiv an der Eignung der Wettbewerbsförderung. Denn die Beklagte verbindet alle Personen, die über sie ins Internet gelangen, auf die gleiche Art und Weise mit den Angeboten im Internet. Sie fördert daher keinen Wettbewerb, sie ermöglicht vielmehr durch ihr Zugangsangebot erst den Wettbewerb zwischen dem Kläger und Betreibern der beanstandeten Webseiten, ohne jedoch das eine oder das andere Angebot in irgendeiner Weise zu fördern. Insofern geht das LG Kiel zu Recht von einer wettbewerbsneutralen Handlung aus. Ein Unterlassungsanspruch aus UWG als Täter oder Teilnehmer scheidet daher aus.
- VIII. In Frage kommt daneben noch ein Anspruch wegen mittelbarer Störereigenschaft aus §§ 1004 BGB analog. Hier verweist das LG zunächst auf die vom BGH für Host-Provider ständige Rechtsprechung (BGH ZUM 2004, 831ff; BGH ZUM 2007, 646ff), dass die Privilegierungen der §§ 7ff TMG für die Störerhaftung keine Anwendung fänden. Diese Frage ist im Schrifttum bestritten. Eine Anwendung der Privilegierung könnte ohne Systembruch und Aufgabe der bisherigen Rechtsprechung des BGH durch eine teleologische Reduktion des § 7 Abs. 2 Satz 2 TMG erfolgen: Wenn die Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs nach § 10 TMG vorliegen, dürfte § 7 Abs. 2 Satz 2 TMG keine Anwendung mehr finden, so dass Host-Provider als Störer haften, Access-Provider dagegen erst nach Kenntnis (Gietl, MMR 2007, 630, 631). Im vorliegenden Fall war diese Frage jedoch ohnehin unerheblich, da der Provider Kenntnis von den beanstandeten Inhalten spätestens in dem Moment erlangte, als er vom Kläger abgemahnt wurde. Insofern ist der Streit nur relevant für die Frage, wer die Kosten der Abmahnung zu tragen hat. Auch ohne die Anwendung des TMG kann man jedoch unter dem Aspekt Zumutbarkeit der Prüfungspflichten zu dem Ergebnis kommen, dass eine Prüfungspflicht erst ab Kenntnis besteht.
- IX. Den Anspruch wegen mittelbarer Störereigenschaft lehnt das Gericht hier zu Recht ab. Es geht dabei davon aus, dass der Provider keine rechtliche und tatsächliche Möglichkeit hat, die Rechtsverletzung zu unterbinden. Aufgrund des zu eng gefassten Antrags des Klägers, der nur eine DNS-Sperrung verlangte, hatte sich das Gericht nur damit zu befassen. Zwar wäre es ohne besondere Schwierigkeit möglich, aus dem DNS-Server der Beklagten die beanstandeten Internet-Adressen zu entfernen. Allerdings kann der Beklagte nicht garantieren, dass seine Kunden diesen auch tatsächlich nutzen. Jeder Kunde hat die

Möglichkeit, in kürzester Zeit auch ohne technische Kenntnisse, einen anderen DNS-Server einzutragen. Hier kam hinzu, dass alte Bestandskunden offensichtlich nicht einmal den DNS-Server der Beklagten benutzten und diese Maßnahme hier gänzlich ohne Wirkung gewesen wäre. Das Gericht schätzte die Maßnahme daher als wirkungslos ein und sah keine Verhinderungsmöglichkeit des Beklagten.

- X. Auch könne der Betreiber der beanstandeten Seiten bei einer Sperrung im DNS diese jederzeit wieder unter anderen Adressen im Netz zugänglichen machen.
- XI. Weiter führt das Gericht aus, dass der Beklagte lediglich ein kleiner regionaler Zugangsprovider sei, der einen verschwindend geringen Anteil der Internetzugänge in Deutschland bereit stelle. Daher sei dem Kläger mit einer Verfügung nur unwesentlich geholfen, da die große Mehrzahl der Internetnutzer die Seiten weiterhin über andere Anbieter abrufen könnten. Insofern bezieht sich das Gericht hier auf die umstrittene Frage, ob die Rettungschancen für das verletzte Rechtsgut im Rahmen der Zumutbarkeit der Verhinderungshandlung zu berücksichtigen sind. Das OLG München hat in diesem Zusammenhang entschieden, dass im Rahmen der Zumutbarkeit diese Frage durchaus eine Rolle spielen kann. Denn die Verhinderung ist dem mittelbaren Störer nur zumutbar, wenn dies auch zu einem wirklichen Erfolg für das Rechtsgut führt (OLG München ZUM-RD 2000, 237, 238f). Dies würde hier allerdings zu der merkwürdigen Konsequenz führen, dass der Antrag gegen ARCOR mit Millionen von Kunden wohl begründet wäre und im hier vorliegenden Fall nicht. Der Kläger müsste dann wohl erst gegen alle Branchengrößen vorgehen, um dann in der Folge auch die kleineren Provider in Anspruch nehmen zu können.
- XII. Ähnlich entschied auch das LG Düsseldorf (LG Düsseldorf, ZUM-RD 2008, XXX) in der gleichen Sache mit einem anderen Antragsgegner. Hier hatte der Antragsteller jedoch offensichtlich den Antrag nicht hinsichtlich einer Sperrung im DNS-Server umgestellt, sondern den ursprünglichen Antrag aufrecht erhalten. Das LG Düsseldorf lehnte zunächst ebenfalls den Verfügungsgrund mit gleicher Argumentation wie das LG Kiel ab. Allerdings hatte der Antragsteller die neue zu sperrende Adresse nicht hinzugefügt, so dass die Anträge schon alleine deshalb vollständig durchfielen. Das LG Düsseldorf äußerte jedoch seine Rechtsauffassung dahingehend, dass der Anspruch auch materiell nicht gegeben sei. Dabei käme insbesondere ein Anspruch wegen Verletzung wettbewerbsrechtlicher Verkehrssicherungspflichten in Frage, wie der BGH sie für Host-Provider entwickelt hat (BGH ZUM 2007, 846ff). Auf diesen Anspruch finden die zur mittelbaren Störerhaftung entwickelten Grundsätze Anwendung, so dass der Antragsgegner Prüfungspflichten verletzt haben muss, um dieser Haftung ausgesetzt zu sein. Diese bemessen sich „im Einzelfall nach einer Abwägung aller betroffenen Interessen und relevanten rechtlichen Wertungen.“ (BGH ZUM 2007, 846ff). Das LG Düsseldorf sah hier insbesondere aufgrund einer fehlenden vertraglichen Beziehung zwischen dem Antragsgegner und den Betreibern der beanstandeten Internet-Seiten die Verletzung solcher Prüfungspflichten als nicht gegeben an. Im Gegensatz zur Entscheidung des BGH, wo jugendgefährdende Medien von ebay aus dem Angebot entfernt werden mussten, habe der Antragsgegner selbst kein wirtschaftliches Interesse an der Verbreitung der beanstandeten Internetseiten und hafte daher auch nicht auf Unterlassung.
- XIII. Das OLG Frankfurt (ZUM-RD 2008, XXX) stellt im Beschluss über die Rechtsbeschwerde bzgl. des Antrags gegen ARCOR, google zu sperren, darauf ab, dass der Access-Provider nicht, wie es die Verletzung wettbewerbsrechtlicher Verkehrspflichten (und auch der Störeranspruch) verlangen, darauf ab, dass der Zugangsprovider keine Gefahrenquelle für Wettbewerbsverstöße eröffne. Darin sei die Differenz zu den Entscheidungen des BGH zur Internetversteigerung zu sehen (OLG Frankfurt ZUM-RD 2008, XXX). Ein Internet-

Auktionshaus betreibe eine Plattform, auf der Wettbewerbsverstöße begangen werden können. Ein Access-Provider dagegen stelle lediglich wiederum nur den Zugang zu derartigen Wettbewerbsverstößen zur Verfügung. Diese Annahme ist sicherlich richtig, auch wenn man letztlich das Internet auch wieder als Plattform sehen muss, in dem die anderen Plattformen zu finden sind. Insoweit stehen die Access-Provider aber sicherlich eine Stufe weiter entfernt vom jeweiligen Rechtsverstoß und haben weniger Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf das jeweilige Geschehen als die Host-Provider. Aus diesem Grund sehen auch §§ 8ff TMG eine abgestufte Verantwortlichkeit für Access- und Host-Provider vor.

XIV.Drei Begründungen, ein Ergebnis. Lediglich das LG Frankfurt gelangte bei der Sperrungsverfügung gegen ARCOR zu einem anderen Ergebnis, ohne dieses jedoch zu begründen.

XV.Das LG Kiel hatte sich aufgrund der zu engen Antragsstellung letztlich nicht mit anderen technischen Möglichkeiten zur Sperrung zu beschäftigen. Das LG Düsseldorf hat sich hierzu nicht geäußert, da der Antrag schon am Verfügungsgrund scheiterte und lediglich ein Ausblick auf die rechtliche Würdigung gegeben wurde. Eventuell bestehen jedoch zumutbare Verhinderungsmöglichkeiten auf Seiten der Access-Provider. Auf technisch ähnlich primitivem Niveau wie die DNS-Sperrung steht eine Sperrung der Ziel-IP-Adresse zur Verfügung. Diese Sperrung führt jedoch wieder zur Problematik die das OLG Frankfurt bzgl. google (oben III.) bereits aufzeigte. Es werden alle Webseiten gesperrt, die technisch auf dieser IP-Adresse zur Verfügung stehen, so dass dem Nutzer auch andere Webseiten vorenthalten werden. Als technisch aufwendige Möglichkeiten kommen die Inspektion und anschließende Filterung aller Anfragen auf Webserver in Frage, um herauszufinden, ob eine der zu sperrenden Webseiten aufgerufen wurde. Ein technischer Weg die Seiten zu sperren mag wohl bestehen.

XVI.Ins Zentrum des Interesses sollte jedoch m.E. die Zumutbarkeit der Prüfung gestellt werden. Nimmt man einen Sperrungsanspruch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen an, ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, dass auch andere Branchen sich gegen Konkurrenten wehren wollen. Die Access-Provider müssten bei jeder Abmahnung, die ihnen zugeht, prüfen, ob der Anspruch berechtigt ist und bei positivem Ergebnis eine Sperrung vornehmen. Dies mag bei Einzelfällen möglich sein. Betrachtet man jedoch die Vielzahl alleine der pornographischen Webseiten im Netz, wird schnell klar, dass eine solche Prüfung von den Access-Providern nicht verlangt werden kann.

XVII.Im vorliegenden Fall hatte der Antragsteller immerhin eine einstweilige Verfügung gegen eine der beanstandeten Webseiten erwirkt. Die zweite Webseite stand auf dem Index für jugendgefährdende Medien. Insofern könnte man eine Parallele zur domainrechtlichen Entscheidung des BGH (BGH ZUM 2001, 869 – grundke.de) ziehen, nachdem die DeNIC dann verpflichtet ist, eine Internet-Adresse wegen Verletzung von Namens- oder Kennzeichnungsrecht zu löschen, wenn ein offenkundiger Rechtsverstoß oder ein rechtskräftiges Urteil vorliege. Zu beachten ist jedoch, dass die DeNIC die einzige Registrierungsstelle für .de-Adressen ist. Nimmt Sie die entsprechende Adresse aus ihrer Datenbank ist der Rechtsverstoß vollständig abgestellt. Insofern hat die DeNIC volle Kontrolle über die beanstandete Nutzung des fremden Namens. Darüber hinaus hat die DeNIC jedoch keine weiteren Pflichten, da im Interesse einer effektiven Vergabe von Internet-Adressen dies nicht verlangt werden könne. Es gibt jedoch unzählige Access-Provider in Deutschland, so dass hier eine derartige zentrale Struktur fehlt. Eine Prüfung der vorgelegten Titel gegen Dritte ist daher den Access-Providern aus Effizienzgesichtspunkten nicht zumutbar.

XVIII. Im Anbetracht der ungewissen Erfolgsaussichten einer Sperrung durch den einzelnen Access-Provider und der möglichen Belastung, die auf alle Provider durch derartige Sperrungsbegehren zukommen, der Informationsfreiheit der Netznutzer und dem gesellschaftlichen Interesse an einem freien unzensurierten und kostengünstigem Zugang zum Internet ist daher in der Regel das Schutzinteresse des Antragstellers zurückzustellen. Lediglich bei hochrangigen Gütern, wie sie jedoch normalerweise zivilrechtlich nicht durchgesetzt werden, kann eine solche Sperrung in Betracht kommen (*Volkmann*, Der Störer im Internet, 2005, S. 160). Eine andere Rechtsauffassung würde letztlich dazu führen, dass Teile des Internets bei manchen Providern unzugänglich sind und die Kosten für die Prüfung der ganzen Sperrungsanfragen auf die Kunden umgewälzt werden müssten, ohne dass davon ausgegangen werden kann, dass die Rechtsverstöße tatsächlich abgestellt werden.